

Wirtschaftsminister fordert Entschlackung der EU-Bürokratie für Österreich!

Im Nationalrat diskutierte die ÖVP am 26. Februar 2025 die Bürokratieabbau-Strategien für Österreichs Wettbewerbsfähigkeit im EU-Binnenmarkt.



Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich - In der heutigen Nationalratssitzung stand das Thema „Wohlstandssicherung durch den EU-Binnenmarkt und durch Exporte für Österreich“ im Fokus. Die ÖVP forderte einen raschen Bürokratieabbau zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit, während die FPÖ eine kritische Haltung gegenüber den Vorgaben aus Brüssel einnahm. Die FPÖ, vertreten durch Axel Kassegger, sprach von „diametralen Unterschieden“ in den Ansichten zur EU-Politik, wobei sie forderte, dass neue EU-Regulierungen strengen Tests unterzogen werden müssen. Der Rückgang des bürokratischen

Aufwands sei für viele ein drinendes Thema, ebenso wie der Wunsch nach mehr Souveränität, so kritisierte Kassegger die bestehenden Strukturen im Land und fordert einen „Neustart“. Dies berichtete die **Österreichische Presseagentur**.

Die ÖVP selbst verdeutlichte durch Wolfgang Hattmannsdorfer und andere Mitglieder, dass die Unternehmen massiv unter Druck stehen und es Zeit sei, das „Bürokratiemonster“ nicht weiter zu füttern. Die NEOS betonen ebenfalls die Wichtigkeit der Deregulierung und fordern eine zügige Umsetzung der Maßnahmen. Auch eine Einsetzung eines eigenen Staatssekretärs für Deregulierung ist in der Diskussion. Dieses neue Amt könnte unter dem künftig pinken Außenministerium agieren, was aber aufgrund verfassungsrechtlicher Einschränkungen durchaus problematisch sein könnte, wie die **Die Presse** berichtet. Trotz aller Herausforderungen scheinen die Pläne zum Bürokratieabbau und zur Förderung der Wettbewerbsfähigkeit hoch im Kurs zu stehen.

Die SPÖ warnt jedoch davor, dass ein als „Bürokratieabbau“ ausgegebener Prozess auch zu einer Senkung von Umwelt- und Sozialstandards führen könnte, was im Rahmen aktueller EU-Initiativen strittig diskutiert wird. Michaela Schmidt von der SPÖ betonte die Notwendigkeit, dass Österreich ein verlässlicher Partner für faire Handelspraktiken bleibt. Unterdessen stehen die Grünen hinter einem kohärenten Ansatz zur Bekämpfung von Bürokratie, legen jedoch Wert auf den Erhalt der Umweltstandards, während sie sich gegen das „Blockieren und Zögern“ aussprechen.

Der Druck auf die Regierung, effektive Maßnahmen zur Deregulierung zu erlassen sowie Bürokratie abzubauen, nimmt zu. Es bleibt abzuwarten, wie die verschiedenen politischen Parteien ihre Standpunkte einbringen und ob sie zu einer einheitlichen Strategie finden können, um Österreich für die Herausforderungen der EU zu wappnen.

Details	
Vorfall	Politik
Ort	Laimgrubengasse 10, 1060 Wien, Österreich
Quellen	• www.ots.at • www.diepresse.com

Besuchen Sie uns auf: die-nachrichten.at